

## NACHRICHTEN

**ETA bekennt sich zu Anschlägen**

MADRID: Die baskische Separatistenorganisation ETA hat sich gestern einer Reihe von Sprengstoffanschlägen in Spanien bezichtigt. Die Stellungnahme wurde in der Zeitung «Gara» veröffentlicht. Dabei bekannte sich die ETA zu dem Mord an einem konservativen Kommunalpolitiker im September, einem fehlgeschlagenen Mordversuch an einem sozialistischen Politiker und mehreren Sprengstoffanschlägen. Damit hat die ETA sich zu zwölf der 13 Morde in diesem Jahr bekannt, für die sie verantwortlich gemacht wird.

**Bergung der «Kursk»-Besatzung verschoben**

MOSKAU: Die Bergung der 118 toten Matrosen des russischen U-Bootes «Kursk» ist aus finanziellen Gründen auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Die am Freitag geplante Unterzeichnung eines Vertrags zwischen der «Kursk»-Baufirma Rubin und dem norwegischen Unternehmen Stolt Offshore wurde abgesagt, wie ein Leiter des russischen Unternehmens mitteilte. Rubin-Direktor Igor Spasski machte im russischen Fernsehen finanzielle Gründe für das Scheitern verantwortlich.

**Schwedische Tageszeitung stellt Erscheinen ein**

STOCKHOLM: Nach dem Scheitern von Gesprächen mit einem potenziellen Investor wird eine der ältesten schwedischen Tageszeitungen, «Arbetet», in der kommenden Woche ihr Erscheinen einstellen. Nach Angaben ihres Herausgebers Bo Bernhardsson vom Freitag erhielt das Blatt staatliche Subventionen in Höhe von 85 Millionen Kronen pro Jahr, machte in den vergangenen zehn Jahren aber dennoch Hunderte Millionen Kronen Verlust. Bernhardsson machte vor allem starke Konkurrenz von Seiten des «Sydsvenska Dagebladet» für den Niedergang des Blattes verantwortlich.

**Rechte für Kinder durchsetzen**

GENÈVE: Kinder sollen einen besseren rechtlichen Schutz erhalten. Dazu seien verbindliche Mechanismen bei der Konvention für Kinderrechte nötig, forderten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in Genf. Die Konvention sei von entscheidender Bedeutung, betonte die UNO-Menschenrechtskommissarin Mary Robinson gestern an einer Sondersitzung des UNO-Komitees für Kinderrechte. Man müsse daher die geeignetsten Mittel finden, eine bessere Durchsetzung zu erreichen. Diesen Appell richtete Robinson an die Staatengemeinschaft. Mehrere NGOs bedauerten, dass es für die Konvention von 1989 keine verbindlichen Mechanismen gebe. Das Regelwerk ist von allen UNO-Staaten wie auch von der Schweiz ratifiziert worden.

# Nervosität vor Wahlen wächst

Präsident Slobodan Milosevic muss um seine Macht bangen

BELGRAD: Kurz vor der Präsidenten- und Parlamentswahl am Sonntag wächst bei Regierung und Opposition in Jugoslawien die Nervosität.

Gleichzeitig mehrten sich die Warnungen westlicher Politiker vor einem möglichen Wahlbetrug von Präsident Slobodan Milosevic. Der Oppositionskandidat für die Präsidentschaft, Vojislav Kostunica, zeigte sich am Freitag überrascht von den Äusserungen des jugoslawischen Ministerpräsidenten Momir Bulatovic, Milosevic könnte auch bei einer Niederlage bis Juni nächsten Jahres im Amt bleiben. Kostunica wertete dies als Zeichen wachsender Angst des Regierungslagers vor einer Niederlage.

Zwei Tage vor der Wahl führte Kostunica weiter mit deutlichem Vorsprung vor Milosevic. Im Fernsehsender Elmag TV sagte Bulatovic am Donnerstagabend, die Verfassung ermögliche es dem Präsidenten, bis zum Ende seiner Amtszeit weiter zu regieren. Kostunica erklärte dazu, die Verfassungsinterpretation Bulatovics sei falsch.

Der neue Präsident müsse vielmehr zwei Wochen nach der Wahl in sein Amt eingeführt werden. Die Erklärung Bulatovics erfülle aber die Opposition mit grosser Hoffnung,



Die Wahlwerbung von Slobodan Milosevic' Partei ist in ganz Jugoslawien allgegenwärtig. Gemäss Prognosen liegt aber die Opposition in der Wählergunst deutlich vorne. (Bild Keystone)

weil sie zeige, dass die Regierung langsam zu begreifen beginne, dass sie verlieren wird, sagte der Herausforderer weiter. Goran Svilanovic von der Serbischen Bürgerallianz sagte am Freitag, Bulatovics Äusserungen zeigten, dass das Regime Angst habe. Unterdessen widersprach der jugoslawische

Botschafter in Moskau und Präsidentenbruder Borislav Milosevic Spekulationen, wonach dieser auch bei einer Niederlage an der Macht festhalten werde.

Sein Bruder werde das Wahlergebnis respektieren, ganz gleich wie es ausfalle, sagte Milosevic. Er respektiere die Ver-

fassung. Die Opposition schloss ihren Wahlkampf am Donnerstagabend mit einer Kundgebung in Novi Sad ab, an der über 20 000 Menschen teilnahmen.

In den letzten beiden Tagen vor der Wahl sind Kundgebungen untersagt. NATO-Generalsekretär George Robertson

drückte unterdessen die Hoffnung aus, dass sich das serbische Volk bei der Wahl am Sonntag für Europa und gegen die Vergangenheit entscheidet. Auf einer Pressekonferenz in Berlin äussert sich Robertson am Freitag besorgt über mögliche Wahlmanipulationen seitens des Milosevic-Lagers.

## Ölkrise heizt US-Wahlkampf an

Gore will nationale Ölreserve zum Preisdrücken anzapfen

WASHINGTON: Seit Wochen bereits treibt die Amerikaner der Zorn über die steigenden Kraftstoffpreise um, obwohl Autofahrer in den USA mit rund einer Mark pro Liter Sprit im Vergleich zu ihren europäischen Leidensgenossen relativ glimpflich davorkommen.

In dieser Woche nun ist die Diskussion um den Ölpreis endgültig unter die Räder des US-Präsidentenwahlkampfes geraten. Dabei giessen die gegnerischen Kandidaten Al Gore und George W. Bush – um im Bild zu bleiben – kräftig Öl ins Feuer ihres Ringens um das Weisse Haus.

Ins Zentrum des Disputs ist dabei der Vorschlag des demokratischen Bewerbers und Vizepräsidenten Al Gore gerückt,

die nationale Ölreserve der Regierung anzuzapfen, um so Druck auf die Preise auszuüben. Sein republikanischer Herausforderer Bush und dessen Vizepräsidentenkandidat Dick Cheney erklärten die Forderungen Gores umgehend zu blankem Opportunismus. Gore sei bereit, um kurzfristiger Erfolge im Wahlkampf willen, die Sicherheit des Landes aufs Spiel zu setzen. Denn nur dafür, um die USA im Fall einer neuen Ölkrise oder gar eines Krieges mit Heizöl und Kraftstoff zu versorgen, sei die Reserve von 571 Millionen Barrel (das Barrel zu 159 Liter) gedacht.

Dabei dürfte Gore die Idee vermutlich gar nicht seinem Herzblut abgerungen haben, denn noch vor gar nicht langer Zeit stand er selbst diesem Gedanken noch skeptisch gegen-

ber. Monatelang hatte er erklärt, dass diplomatischer Druck auf die Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC) die bessere Option sei, die Preise zu drücken. Und während der Vorwahlen im letzten Winter hatte er die damals von seinem demokratischen Mitbewerber Bill Bradley vorgebrachte Idee, die Ölreserve anzuzapfen, rundweg abgelehnt.

Die jetzige Kampagne scheint vielmehr mit Präsident Bill Clinton abgesprochen und von langer Hand vorbereitet zu sein. Denn als Gore am Mittwoch die Forderung an den Präsidenten richtete, in mehreren Schüben jeweils rund fünf Millionen Barrel auf den Markt zu werfen, hatte er sich vorher ausgiebig mit Clinton am Telefon beraten.

## Peru in Aufruhr

Präsident Fujimori soll sofort zurücktreten



Der peruanische Staatschef Alberto Fujimori hat für die vorgezogene Präsidentenwahl einen Termin im März nächsten Jahres angekündigt. Demonstranten forderten gestern in der Hauptstadt Lima erneut den sofortigen Rücktritt des seit zehn Jahren regierenden Präsidenten.

## Chirac unter Druck

Im Zusammenhang mit dem Parteispandakal um Frankreichs Staatspräsidenten Chirac haben drei Richter die Räume einer Videogesellschaft in der Nähe von Paris durchsucht. Neue Enthüllungen der Zeitung «Le Monde» belasteten Chirac erneut. Bei der untersuchten Videogesellschaft soll im Mai 1996 der Film aufgenommen worden sein, auf dem der 1999 gestorbene Bauunternehmer Jean-Claude Méry bezeugt, dass Chiracs Partei RPR aus unterschiedlichsten Quellen illegal finanziert worden ist. Danach will Méry beim Eintreiben der illegalen Gelder für die RPR «einzig und allein auf Befehl Chiracs» gehandelt haben.

## Geiselnahme nach zwei Tagen ohne Blutvergiessen beendet

Behörden glauben an vorgetäushtes Verbrechen

LASAREWSKOJE: Die Geiselnahme in Südrussland ist nach zwei Tagen am Freitag ohne Blutvergiessen zu Ende gegangen.

Die Täter, die nach eigener Darstellung mehrere Personen in einer Pension festhielten, ergaben sich am Freitag den Polizisten, die das Gebäude in Lasarewskoje rund 60 Kilometer westlich des Schwarzmeeresorts Sotschi umstellt hatten. Die Behörden bezweifelten jedoch, dass es sich tatsäch-

lich um eine Geiselnahme handelte.

Der Vorfall begann am Donnerstagmorgen, als vermutlich drei Personen angaben, mehrere Geiseln in der Pension festzuhalten. Sie verlangten zunächst 30 Millionen Dollar Lösegeld oder die Freilassung aller tschetschenischen Gefangenen aus russischen Gefängnissen. Später liessen sie die Forderung nach Freilassung der Tschetschenen fallen und forderten stattdessen einen Hubschrauber. Am Freitagmorgen

rückten sie dann auch von der Lösegeldforderung ab und liessen zunächst einen Mann und eine Frau, später auch die übrigen Personen frei.

Am Mittag ergaben sie sich schliesslich. Die mutmasslichen Täter wurden nach Angaben des Geheimdienstes wegen Geiselnahme angeklagt. Ihnen drohen sechs Jahre Haft.

**War es Geiselnahme?**

Der stellvertretende Innenminister Wladimir Koslow bezweifelte aber, dass es sich

tatsächlich um eine Geiselnahme handelte. Der stellvertretende Direktor des Inlandsgeheimdienstes FSB, Gherman Ugrjumow, sagte zum Ablauf: «Die Situation ergab sich spontan, nachdem sie einen fröhlichen Abend zusammen verbrachten und dann die ganze Nacht gezecht haben.» Mehrere Personen in der Pension seien miteinander verwandt und es sei sogar unklar, wer Geisel und wer Geiselnehmer sei, fügte er vor Journalisten in Lasarewskoje hinzu.